

Wirtschaftsdemokratie als gemeinsamer programmatischer Schnittpunkt

Diskussionspapier zum bundesweiten Treffen

„Zukunft einer **Linken** in der WASG“

am 2. Juli 2005 in Kassel

von

Egbert Scheunemann

Stand: 27. Juni 2005

Insofern die Kritik an einem Bündnis der WASG mit der PDS sich an der neoliberalen Realpolitik der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und vor allem Berlin entzündet, kommt diese Kritik eindeutig von *links*. Da für viele Kritiker in der WASG aber auch die SED-Vergangenheit der PDS und für einige womöglich das „S“ in ihrem Namen der primäre Grund ihrer Ablehnung eines Zusammengehens mit der PDS ist, stellt sich natürlich sofort die Frage: Können sich wirklich ALLE Kritiker eines Wahlbündnisses (ja einer mittelfristigen Fusion) beider Parteien unter dem Titel „Zukunft einer LINKEN in der WASG“ wiederfinden?

Ich meine ganz eindeutig: Ja. Wir müssen uns nur daran erinnern, dass unser GEMEINSAM vertretenes Gründungsprogramm an mehreren Stellen in mittel- und langfristiger Perspektive die Verwirklichung einer WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE anstrebt. Diese Zielvorstellung ist zwar kaum detailliert beschrieben – wie könnte es in einem recht knappen Gründungsprogramm, das sich vor allem auf die kurzfristigen wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten konzentriert, auch anders sein. Es ist aber ganz klar und eindeutig, dass wir, indem wir ALLE – wovon ich zumindest ausgehe – dem Gründungsprogramm der WASG zugestimmt haben, auch ALLE dem Ziel *Wirtschaftsdemokratie* zugestimmt haben.

INSOFERN man – und dazu würde ich dringend raten – unter dem Begriff „Demokratischer Sozialismus“ (neben der basisdemokratischen Vertiefung der *politischen* Demokratie) die Verwirklichung einer *Wirtschaftsdemokratie* auf mikro- wie makroökonomischer Ebene versteht, ist das Gründungsprogramm der WASG definitiv ein demokratisch-sozialistisches! Es ist damit definitiv ANTIKAPITALISTISCH. Der Kapitalismus ist die Herrschaft des Kapitals in der Ökonomie (und deswegen in dominanter Weise auch in der Politik). Wirtschaftsdemokratie bedeutet hingegen Herrschaft des Volkes (makroökonomisch) bzw. der Arbeitnehmer (mikroökonomisch) und eben NICHT Herrschaft des Kapitals. Wirtschaftsdemokratie und Kapitalismus sind also sich gegenseitig AUSSCHLIESSENDE Systemlenkungsmechanismen.

Das Gründungsprogramm der WASG hat also – entgegen vieler anders lautender Meinungen – die SYSTEMFRAGE ebenso GESTELLT wie im Sinne eines demokratischen Sozialismus BEANTWORTET!

Es herrschen bezüglich dessen, was eine Wirtschaftsdemokratie nun sein kann oder nicht sein kann, einige Unklarheiten. Ich möchte dies an einem Passus exemplifizieren, der in dem Einladungstext zu unserem Treffen „Zukunft einer Linken in der WASG“ zu lesen ist:

„Wie können wir in der WASG eine Diskussion über gesellschaftliche Alternativen zum kapitalistischen System anregen und erreichen, dass das noch zu beschließende Grundsatzpro-

gramm keinen pro-marktwirtschaftlich/keynesianischen Charakter hat? In dieser Frage bestehen bei den Unterzeichnern dieses Aufrufs durchaus Differenzen.“

Der erste Satz dieses Passus' bringt diese Unklarheiten ganz eindeutig zum Ausdruck (weswegen ich übrigens auf die Einfügung des zweiten Satzes bestand).

Um diese Unklarheiten zu verdeutlichen, muss ich einen kurzen politikwissenschaftlich-systemtheoretischen Exkurs machen. Aber keine Angst, alle werden alles verstehen:

1. Der Kapitalismus ist ein *extrinsischer* (außengesteuerter) Systemlenkungsmechanismus, der über die VERTEILUNGSprozesse im kapitalistischen System über das Medium MACHT bzw. KAPITALMACHT entscheidet und motiviert wird aus dem Prinzip PROFITMAXIMIERUNG.
2. Ein (halbwegs) funktionierender Marktmechanismus ist hingegen ein *intrinsischer* (sich selbst steuernder) Systemlenkungsmechanismus, der über die quantitativen wie qualitativen PRODUKTIONSprozesse über das Medium KNAPPHEITSPREISE entscheidet und motiviert wird aus den Prinzipien EINKOMMENSMAXIMIERUNG (Produzenten) bzw. NUTZENMAXIMIERUNG (Konsumenten).

Beide Systemlenkungsmechanismen haben EIGENTLICH erst mal nichts miteinander zu tun. Dass sie in bestimmten *historischen* Phasen – mehr oder minder – gemeinsam auftauchen, ändert nichts an der Wahrheit dieser *logischen* Feststellung. Es gibt nämlich viele historische Beispiele, in denen der Kapitalismus auch ohne den Marktmechanismus herrschte (Monopolkapitalismus, Staatskapitalismus etc.) und umgekehrt funktionierende Märkte in politischen Systemen mehr oder minder (etwa eingeeht durch eine „merkantilistische Globalsteuerung“) dominant die gesellschaftliche Produktion steuerten, die eindeutig keine kapitalistischen waren (Feudalismus etc.).

Man kann also ein demokratisch-sozialistisches Wirtschaftssystem im Sinne einer mikro- wie makroökonomischen Wirtschaftsdemokratie, die über die gesellschaftlichen VERTEILUNGSprozesse *extrinsisch* bestimmt (demokratische Arbeitnehmerselbstverwaltung und also Kapital- und Gewinnbeteiligung *im Betrieb*; demokratische Festlegung der Höhe wie der Struktur des *gesellschaftlichen* Konsums wie *sozialer* Investitionen), verwirklichen, *ohne* zur Gänze auf marktwirtschaftliche, *intrinsische* Systemlenkungsmechanismen zu verzichten. Und man SOLLTE auf diese marktwirtschaftlichen Systemsteuerungsleistungen auch INTELLIGENTERWEISE nicht verzichten. Es gibt sie nämlich quasi UMSONST. WENN der Marktmechanismus RIGIDE eingeeht wird durch eine mikro- wie makroökonomische Wirtschaftsdemokratie, d.h. wenn ihm eindeutige soziale und ökologische (Mindestlöhne, hohe soziale und ökologische Mindeststandards etc.) sowie ökonomische Grenzen gesetzt werden (um etwa Investitionsüberakkumulationen oder Börsenhysterien zu vermeiden via Tobinsteuer oder antizyklische Ausrichtung öffentlicher Investitionen etc.), dann erbringt ein funktionierender Marktmechanismus IN DIESEM RAHMEN wertvolle Systemsteuerungsleistungen, die ansonsten nur mit viel Aufwand (an Lenkungsorganisation und Menpower) zu erbringen sind.

Bei der Frage pro oder kontra Marktwirtschaft im demokratisch-sozialistischen Rahmen einer mikro- wie makroökonomischen Wirtschaftsdemokratie geht es also NICHT um die Frage pro oder kontra *Kapitalismus* oder gar um die Frage *links* oder *nicht links*, sondern um die Frage, ob man Ökonomie mit wenig oder viel Verwaltungsaufwand ökosozial und ökonomisch effizient reguliert und man also *schlau* ist – oder weniger schlau.

Und schließlich auch die Frage, ob es sinnvoll ist, AUCH IN EINER MIKRO- WIE MAKROÖKONOMISCHEN WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE *keynesianische*, also *nachfrageorientierte* Systemsteuerungsmechanismen zu nutzen, kann vor diesem Hin-

tergrund ganz einfach und wie selbstverständlich beantwortet werden: In einer solchen Wirtschaftsdemokratie, die intelligenterweise nicht auf marktwirtschaftliche Systemsteuerung verzichtet, ist die demokratisch-sozialistische Regulierung der gesellschaftlichen Nachfrage, ihrer absoluten quantitativen Höhe wie vor allem ihrer inneren Struktur, geradezu DAS extrinsische *prozesspolitische* Systemsteuerungsmittel (im *ordnungspolitischen* Rahmen der Wirtschaftsdemokratie): Fragt „der Staat“, besser: die demokratisch strukturierte Gesellschaft in einer Wirtschaftsdemokratie mehr Bildungsgüter, Kindertagesstätten oder Sonnenkollektoren nach, produziert die (ebenso demokratisch strukturierte) Wirtschaft eben mehr Bildungsgüter, Kindertagesstätten oder Sonnenkollektoren. Über solche quantitativen wie qualitativen staatlich-gesellschaftlichen Nachfrageprozesse kann eine Wirtschaftsdemokratie also wunderbar makroökonomisch gesteuert werden. Direkte Produktionsdirektiven sind dazu vollkommen überflüssig (nach dem Motto: „Betrieb X hat im nächsten Jahr Y Tonnen Stahl der Sorte Z zu produzieren und zum Preis P abzuliefern.“) Innerhalb dieses demokratisch-sozialistischen gesellschaftlichen Rahmens gilt wie in jeder wirklich freien Gesellschaft: Alles ist erlaubt (also auch an Produktion und Konsumtion), was nicht explizit verboten ist (etwa die Produktion von Plutonium oder von bestimmten Waffen etc.). Konsumenten- und Produzentensouveränität INNERHALB des mikro- wie makroökonomischen Rahmens einer Wirtschaftsdemokratie ist oder wäre also AUCH ein großes Stück FREIHEIT – die wir alle als demokratische Sozialisten doch letztlich meinen!
